



HISTORISCHE AUSSTELLUNG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Die Novemberrevolution 1918/1919

Die Novemberrevolution von 1918 war eine **Folge der militärischen Niederlage** des Deutschen Kaiserreiches im 1. Weltkrieg und wurde durch die Meuterei von Marinesoldaten **Anfang November 1918** ausgelöst. In nur wenigen Tagen breitete sich diese Aufstandsbewegung ohne nennenswerten Widerstand der alten Ordnung im ganzen Reich aus. Sie entwickelte sich zu einer revolutionären Massenbewegung gegen das monarchische System, der sich die Arbeiterschaft anschloss. Im ganzen Reich bildeten sich **Arbeiter- und Soldatenräte**, die zu Trägern politischer und militärischer Macht wurden. Die Parteien der Sozialdemokratie, seit 1917 in „Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands“ (**MSPD**) und „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (**USPD**) gespalten, setzten sich an die Spitze der Revolution. Sie wurden in der Novemberrevolution zusammen mit den Räten zu den zentralen politischen Akteuren. Die Räte waren in ihrer Mehrzahl der MSPD nahe stehend.

Am 9. November 1918 verkündete Reichskanzler Prinz Max von Baden (1867-1929) die **Abdankung des Kaisers**. Er übertrug dem MSPD-Parteivorsitzenden **Friedrich Ebert** (1871-1925) das Amt des Reichskanzlers. Am selben Tag rief Philipp Scheidemann (MSPD; 1865-1939) in Berlin von einem Fenster des Reichstagsgebäudes die Republik aus. Wenige Stunden später proklamierte Karl Liebknecht (USPD; 1871-1919) die „freie sozialistische Republik“. In der **doppelten Ausrufung der Republik** spiegelte sich der Grundkonflikt der Revolution wieder. Während die MSPD die zügige **Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung** forderte, sprach sich die USPD für die schnelle Umsetzung sozialistischer Vorstellungen im Rahmen eines Räteystems aus. Grundlegende verfassungsrechtliche Fragen, wozu auch die Gestaltung der Wirtschaftsordnung gehörte, wollte die MSPD durch die demokratisch gewählte Nationalversammlung klären lassen. Aufgrund der zahlreichen mit der Kriegsniederlage verbundenen Herausforderungen – zum Beispiel die Rückführung von mehreren Millionen Soldaten und die Versorgung mit Nahrungsmitteln – und aus Furcht vor bürgerkriegsähnlichen Zuständen setzte die MSPD auf eine **Zusammenarbeit mit den alten Machteliten des Kaiserreiches**. Allerdings war das Bekenntnis für die parlamentarische Demokratie und die Republik bei Militär, Polizei, Justiz, Verwaltung und Beamenschaft nur schwach ausgeprägt. Dieses fehlende republikanische Bewusstsein wurde zu einer schweren Hypothek für die Weimarer Republik.

Noch am 9. November 1918 kam es auf Reichsebene zur Bildung des **„Rates der Volksbeauftragten“**, der von der Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte am 10. November 1918 als provisorische Regierung legitimiert wurde. Der sechsköpfige Rat war von MSPD und USPD paritätisch besetzt. Er hatte in Friedrich Ebert (MSPD) und Hugo Haase (USPD; 1863-1919) zwei Vorsitzende. Ebert kam in seiner Doppelfunktion als Reichskanzler und Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten eine Schlüsselrolle in der Revolution zu. In einer Absprache vom 10. November 1918 mit General Groener (1867-1939) von der Obersten Heeresleitung (OHL) sicherte er sich im **„Ebert-Groener-Pakt“** die Unterstützung der militärischen Führung zu. Am 12. November 1918 verfügte der Rat der Volksbeauftragten u.a. die Einführung des Wahlrechts für Frauen. Am 30. November 1918 beschloss der Rat der Volksbeauftragten Wahlen zur verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung für den 19. Januar 1919.

Am 28. Dezember 1918 brach das Bündnis zwischen MSPD und USPD in der provisorischen Regierung auseinander, als die USPD sich wegen Differenzen über einen militärischen Einsatz aus dem Rat der Volksbeauftragten zurückzog. Der Konflikt um die weitere Ausgestaltung der Revolution eskalierte in den so genannten **Januarunruhen**. Dabei lieferten sich in Berlin Regierungstruppen der MSPD mit Vertretern von USPD und KPD blutige Straßenkämpfe, an denen auf Seiten der Regierungstruppen rechtsgerichtete „**Freikorps**“ teilnahmen. Sie ermordeten am 15./16. Januar 1919 die KPD-Anführer Rosa Luxemburg (1871-1919) und Karl Liebknecht (1871-1919).

Mit den **Wahlen zur Nationalversammlung** am 19. Januar 1919 war der Weg der Revolution zugunsten der parlamentarischen Demokratie geklärt, auch wenn es in den Monaten danach noch zu scharfen Konfrontationen – u. a. lokale Aufstände, wilde Streiks - mit der radikalen Linken kam. Die MSPD wurde am 19. Januar 1919 stärkste Partei. Am 6. Februar 1919 konstituierte sich die Weimarer Nationalversammlung und wählte am 11. Februar 1919 Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten. Die erste parlamentarische Reichsregierung, die „**Weimarer Koalition**“ aus MSPD, Zentrum und Deutsche Demokratische Partei (DDP), nahm am 12. Februar 1919 unter Reichskanzler Philipp Scheidemann (MSPD) ihre Arbeit auf. Die Mehrzahl der Räte löste sich bis zum Sommer 1919 auf.

Literaturhinweise:

Bracher, Karl Dietrich; Funke, Manfred; Jacobsen, Hans-Adolf. (Hrsg.). Die Weimarer Republik 1918 – 1933. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1998.

Rürup, Reinhard, Die Revolution von 1918/19 in der Deutschen Geschichte, Vortrag vor dem Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung am 4. November 1993, Bonn 1993.

Sturm, Reinhard. Vom Kaiserreich zur Republik 1918/19, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) Informationen zur politischen Bildung (Heft 261): Weimarer Republik, Bonn 2003.

Verwaltung des Deutschen Bundestages, Fachbereich WD 1, Redaktionsdatum: Mai 2006.